



Mittelschule Kirchheim

Kirchheim b. München



GPG 21/22

Lernskript für den Qualifizierenden Mittelschulabschluss

Prüfungsinhalte:

| | |
|----------------------------------|-------|
| A. Deutschland von 1949 bis 1961 | S. 2 |
| B. Deutschland bis zur Einheit | S. 8 |
| C. Klimawandel | S. 12 |
| D. Die Europäische Union | S. 15 |
| E. Migration | S. 19 |
| F. Terrorismus | S. 22 |

A. Deutschland von 1949 bis 1961

1. Zwei unterschiedliche Weltanschauungen

USA:

Demokratie:

- Herrschaft des Volkes
- Alle haben die gleichen Rechte und Pflichten.



Marktwirtschaft:

- Angebot und Nachfrage regeln den Markt.
- Unternehmen und Konsument*innen entscheiden, was und wieviel produziert wird.

Sowjetunion:

Sozialismus:

- Keiner soll arm sein.
- Unternehmen und Konsument*innen entscheiden, was und wieviel produziert wird.

Planwirtschaft:

- Der Markt wird vom Staat gesteuert.
- Angebot und Nachfrage haben keine Bedeutung.



Fachbegriffe:

Ideologie (Weltanschauung)

- Wichtige Meinungen und Werte einer Gruppe von Menschen

Angebot und Nachfrage

- Angebot bedeutet, wie viel einer Ware vorhanden ist.
- Nachfrage bedeutet, wie viele Menschen wollen die Ware kaufen.
- Wenn etwas selten ist und viele wollen es haben, dann wird es sehr teuer.



2. Stellvertreterkriege

Als Stellvertreterkriege werden die indirekten Auseinandersetzungen zwischen den USA und der Sowjetunion im Kalten Krieg bezeichnet.

Abstufungen der Stellvertreterkriege:

- Beide Supermächte unterstützen eine Konfliktpartei, sie nehmen aber an den Kämpfen nicht aktiv mit Soldat*innen teil.
 - Bürgerkrieg in China
 - Ogadenkrieg
 - Bürgerkrieg in Laos
- Aktive Beteiligung mit Waffen und Soldaten durch eine Partei, die andere unterstützt die Gegenseite mit Waffen
 - Vietnamkrieg
 - Afghanistankrieg
- Beide Supermächtestehen sich mit Waffen und Soldaten aktiv gegenüber, es kommt aber nicht zu Kampfhandlungen
 - Berlin-Blockade
 - Kuba-Krise



3. Die Kuba-Krise

- Ab 1958 stationierten die USA Atomraketen in der Türkei.
- 1959 übernahm der Revolutionsführer Fidel Castro die Regierung von Kuba.
- Der Kommunist Castro schloss ein Bündnis mit der Sowjetunion.
- 1962 entdeckten US-Aufklärungsflüge Abschussrampen für Atomraketen auf Kuba.
- US-Präsident Kennedy beschloss eine Blockade der Seewege nach Kuba.
- Vor Kuba kam es fast zu Kampfhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion.
 - Eine militärische Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten, wäre mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit, in einem Atomkrieg gemündet.
- Beide Staaten lenkten doch schließlich ein und es wurde eine Übereinkunft getroffen.
 - Die Sowjetunion zogen alle Atomraketen von Kuba ab.
 - Die USA versprachen Kuba nicht zu erobern.
 - Die USA zogen, ohne Kenntnis der Öffentlichkeit, ihre Atomraketen aus der Türkei ab.



Reichweite der US-Atomraketen in der Türkei



Reichweite der sowjetischen Atomraketen auf Kuba



US-Präsident John F. Kennedy

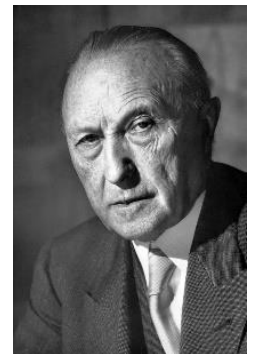


Fidel Castro und Chruschtschow

4. Zwei Deutsche Staaten im Kalten Krieg

Westintegration der BRD

- 1949 wird Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler der BRD gewählt.
- 1955 wurde die Bundeswehr neu gegründet und die BRD ist der NATO beigetreten.
- 1963 wurde der deutsch-französische Freundschaftsvertrag geschlossen.



Ostintegration der DDR

- Die DDR verschrieb sich unter Leitung der Sowjetunion dem Sozialismus.
- Die Regierungspartei SED hatte die Kontrolle über das Militär, die Wirtschaft, die Presse, den Rundfunk und das Fernsehen.
- Der Ministerpräsident Otto Grotewohl und die Regierung der DDR ordneten sich als der Sowjetunion unter.
- Die DDR war Mitglied des Militärbündnisses Warschauer Pakt.
- Die DDR trat in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe unter sozialistischen Staaten (RGW) ein.



Fachbegriffe:

- NATO
 - 1949 gegründet
 - „North Atlantic Treaty Organization“
 - Westliches Militärbündnis der demokratischen Staaten
 - das wichtigste Mitglied ist die USA
- Warschauer Pakt
 - 1955 gegründet
 - Östliches Militärbündnis der kommunistischen Staaten
 - unter der Führung der Sowjetunion
 - 1991 aufgelöst



5. Marktwirtschaft in der BRD

Durch Einführung der Deutschen Mark und durch Unterstützung der USA gelang der schnelle Wiederaufbau der Bundesrepublik.
Man sprach vom „deutschen Wirtschaftswunder“.

Merkmale der freien Marktwirtschaft

- Konsum- und Gewerbefreiheit
- freie Preisbildung (Angebot und Nachfrage)
- Produktions- und Handelsfreiheit
- Wettbewerbsfreiheit

Soziale Marktwirtschaft

Wirtschaftsminister Ludwig Erhard war zum Großteil für die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft verantwortlich. Bei der Sozialen Marktwirtschaft greift der Staat durch Gesetze in die freie Marktwirtschaft ein, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden.

Beispiele:

- Kündigungsschutz
- Krankengeld
- Mindestlohn



Ludwig Erhard

Wirtschaftsminister 1949-63
Bundeskanzler 1963-1966

Folgen der Marktwirtschaft

Durch die soziale Marktwirtschaft und die Unterstützung der USA war die BRD schnell in einer besseren wirtschaftlichen Lage als die DDR.

Leben in der frühen BRD

- steigende Löhne
- sinkende Arbeitslosen zahlen
- Kauf von Autos, Möbeln und Haushaltsgeräten
- Urlaub in Italien oder Österreich
- Eigenheimbau
- Aufnahme von Gastarbeiter*innen aus Italien, Griechenland, Türkei...

6. Planwirtschaft in der DDR

Nach dem Vorbild der Sowjetunion wurde die Wirtschaft der DDR ab 1949 umgeformt.

Aufbau der zentralen Planwirtschaft

- Privatbetriebe werden zu Volkseigenen Betrieben
- Bodenreform: Großgrundbesitzer werden enteignet
- Entstehung von LPGs
- Regierung erstellt 5-Jahres Pläne
 - Preise
 - Löhne
 - Arbeitszeiten
 - Vorgaben, was ein Betrieb leisten muss

Folgen der Planwirtschaft

- wirtschaftliche Nachteile gegenüber der BRD
- Versorgungsprobleme
- Essen lange Zeit nur gegen Lebensmittelmarken
- keine Produkte aus dem Westen
- bis zu 10 Jahre Wartezeit auf ein Auto

Fachbegriffe:

LPG = Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften

In den LPG sollten sich Landwirt*innen zusammenschließen, um Maschinen auszuleihen. Bauern, die nicht teil einer LPG waren mussten mit Nachteilen rechnen

Volkseigener Betrieb (VEB)

VEB waren Betriebe, die dem Staat gehörten und von ihm Verwalteten wurden. Bürger*innen wurden ohne Entschädigung enteignet.



7. Der Bau der Berliner Mauer

Immer mehr Menschen fliehen von der DDR in die BRD.

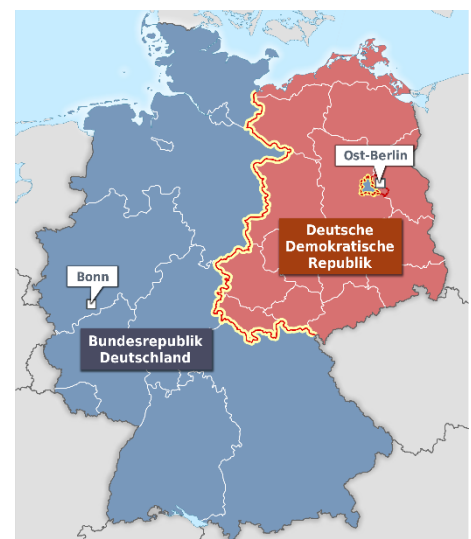
Um die Menschen am Verlassen der DDR zu hindern, schließt die Regierung der DDR am 13. August 1961 die Grenzen und beginnt mit dem Bau der Mauer in Berlin.

Folgen:

- Westberlin ist von der DDR eingeschlossen.
- Die Menschen dürfen nicht mehr von der DDR in die BRD reisen.
- Familien und Freund*innen sind getrennt und können sich nicht mehr besuchen.
- Einige Menschen, die versuchen in die BRD zu flüchten werden erschossen.



- Rund um Westberlin wurde eine Mauer mit weiteren Sicherungsanlagen errichtet.
- Auch entlang der restliche, über 1300km lange, Grenze zwischen der DDR und der BRD wurde ein Sicherheitsstreifen mit Zäunen geschaffen.
- Die Soldat*innen hatten den Befehl auf fliehende Menschen zu schießen.
- Mindestens 140 Menschen starben beim Versuch die Grenzanlagen zu überwinden.



B. Deutschland bis zur Einheit

1. Neue Wege der Annäherung unter Willy Brandt

Bundeskanzler Willy Brandt erkannte, dass die gefährlichen Spannungen mit den Oststaaten nur durch eine Politik der Annäherung überwunden werden konnte. Ab 1970 wurden mehrere wichtige Verträge geschlossen:

- Moskauer Vertrag (August 1970)
 - Vertragspartner: Sowjetunion und BRD
 - Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa
 - Anerkennung der Grenze zwischen BRD und DDR
 - bei Konflikten Verzicht auf Gewalt
- Warschauer Vertrag (Dezember 1970)
 - Vertragspartner: Polen und BRD
 - Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens
 - Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete
 - engere Zusammenarbeit zwischen Polen und der BRD
 - Verzicht auf Gewalt bei Konflikten
- Vier-Mächte-Abkommen (September 1971)
 - Vertragspartner: Frankreich, Sowjetunion, Großbritannien, USA
 - West-Berlin behält Sonderstatus unter Gesamtverantwortung der Alliierten.
 - freier Zugang durch die BRD nach West-Berlin
 - Verbesserung des Zugangs der Westberliner nach Ost-Berlin und in die DDR
- Grundlagenvertrag (Dezember 1972)
 - Vertragspartner: BRD und DDR
 - Gleichberechtigung beider Staaten
 - Verzicht auf Gewalt bei Konflikten und Anerkennung der Grenzen
 - Verbesserungen im Reiseverkehr



Kniefall von Warschau

2. Wettrüsten und Annäherung

Sowjetunion und USA befinden sich im Kalten Krieg:

- Aufrüstung um Stärke und Macht zu demonstrieren
- Atomkrieg als reale Gefahr (Kuba-Krise)

Abrüstungsbemühungen:

- 1963 Rotes Telefon: Direkte Verbindung zwischen den Staatsoberhäuptern von USA und Sowjetunion
- 1972: Beide Länder unterzeichneten einen Vertrag zur Abrüstung

Politik der Aussöhnung im Westen

- Besonders in Westdeutschland wirtschaftlicher Aufschwung
- Vor allem junge Leute setzen sich für Frieden ein
- 1983: BRD stimmt Stationierung amerikanischer Atombomben auf westdeutschem Boden zu

→ Massendemonstrationen (Menschenketten und Sitzblockaden vor amerikanischem Stützpunkt)



3. Probleme in der Sowjetunion

- **Wirtschaftslage**
 - Maschinen und Industrie veraltet
 - kaum Exporte (daher wenig Geld aus dem Ausland)
- **Staatsschulden**
 - durch hohe Ausgaben wegen Wettrüsten
 - Geld verlor immer mehr an Wert
- **Versorgung der Bürger*innen**
 - Versorgungsknappheit bei lebenswichtigen Nahrungsmitteln und Medizin
 - Produkte mit minderer Qualität
 - lange Schlangen vor Geschäften

- **digitale Revolution**
 - Die Sowjetunion konnte zu Beginn des Computerzeitalters nicht mit dem Westen mithalten
- **Wettrüsten und Krieg**
 - sehr hohe Militärausgaben
 - Krieg in Afghanistan
- **politische Unzufriedenheit**
 - Einparteien-Diktatur
 - Überwachung der Bürger*innen durch Geheimdienste
 - keine Meinungs- und Pressefreiheit

4. Veränderungen in der Sowjetunion

- Michail Gorbatschow wurde 1985 zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei gewählt.
- Umfassende politische und wirtschaftliche Reformen
- Verträge mit den USA zur Kontrolle von Atomwaffen
- Erhielt Friedensnobelpreis wegen friedlichen Wandel in der Sowjetunion und zur Sicherung des Weltfriedens
- 1991: Sowjetunion löste sich in 15 Einzelstaaten auf (u.a. Russland)

Veränderungen in der Gesellschaft

- Politik der Offenheit (Machtstrukturen und Entscheidungen transparenter machen)
- Medien durften jetzt die Staatsführung kritisieren.
- Demokratie auf Basis der Bevölkerung

Veränderungen in der Wirtschaft

- Zentrale Planwirtschaft sollte verändert werden.
- Erstmals wurde die Privatisierung von Betrieben zugelassen.
- Gorbatschow erhoffte sich so einen Aufschwung für die Wirtschaft.

Fachbegriff: Reformen

Wenn Veränderungen von der Regierung eines Staates ausgehen, spricht man von einer Reform. Allgemein bedeutet Reform eine geplante und klar strukturierte Umgestaltung.

„Wir dachten, wir hätten alles im Griff, während in Wirklichkeit eine Lage entstand, vor der schon Lenin gewarnt hatte: Das Auto fuhr gar nicht dorthin, wohin der Mann am Steuer dachte, dass es fahre.“
(Michail Gorbatschow: Perestroika. Droemer Knaur, München 1989, S. 22 ff.)



5. Auf dem Weg zur Einheit

- Am 3. Oktober 1990: Wiedervereinigung Deutschlands
- Politisches und wirtschaftliches System der DDR brach nach der Friedlichen Revolution (Fachbegriff) völlig zusammen.
- Hunderttausende verließen ihre Heimat und zogen in den Westen.
- Ab Dezember: Beratung von Regierung, Parteien, Kirchen und Bürgerrechtsbewegungen über demokratische Umgestaltung der DDR.
➔ „Runder Tisch“
- Wesentliche Forderung des „Runden Tisches“: Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS, auch „Stasi“ genannt)
- Alle Sieger des Zweiten Weltkrieges mussten der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zustimmen, denn diese trugen die völkerrechtliche Verantwortung für Deutschland als Ganzes.

Fachbegriff: Friedliche Revolution

Der Umsturz in der DDR 1989 wird auch als „Friedliche Revolution“ bezeichnet, da es zu keinen gewalttätigen Aktionen von Sicherheitskräften oder Demonstrant*innen gekommen ist.

© Westermann 1999, 2

Der 2+4-Vertrag

„Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. 09. 1990

Die wichtigsten Vertragsinhalte

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war Deutschland von den Siegermächten besetzt. Erst mit dem 2+4-Vertrag erhielt das vereinigte Deutschland seine volle Souveränität (Selbstbestimmung, Freiheit).

- Die BRD umfasst nun das Gebiet der ehemaligen BRD, der DDR und ganz Berlins.
- Die Grenzen sind endgültig. Es gibt keine Gebietsansprüche gegenüber anderen Staaten.
- Deutschland bekräftigt sein Bekenntnis zum Frieden.
- Militär wird auf 370 000 Mann beschränkt.

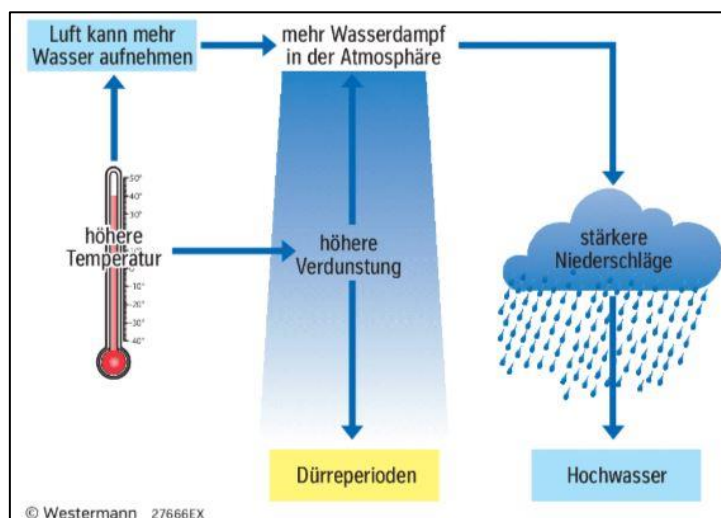


- Alle sowjetischen Truppen werden bis 1994 aus Deutschland abgezogen.
- Ausländische Truppen und Atomwaffen dürfen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht stationiert werden.
- Die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens von 1945 werden aufgehoben. Die Sonderrechte der vier Siegermächte in Deutschland gelten nicht mehr. Deutschland erhält seine volle Souveränität zurück.

C. Klimawandel

1. Folgen des Klimawandels: Verstärkung von Wetterextremen

- Die Erwärmung der Atmosphäre und der Ozeane führt zu einer verstärkten Verdunstung von Wasser.
- Das führt dazu, dass mehr Wasser in der Luft gebunden wird.
- Dadurch werden Wetterextreme häufiger.
- mehr Hochwasser und Überflutungen
- Zunahme der Häufigkeit und Stärke von tropischen Wirbelstürmen
- Dürreperioden in Trockengebieten
- erhöhte Busch- und Waldbrandgefahr



2. Folgen des Klimawandels: Rückgang der Eisflächen auf dem Festland

Grönland und Antarktis

- Grönland und der antarktische Kontinent werden von großflächigen Eismassen bedeckt.
- Dieses Eis macht 70% des gesamten Süßwassers auf der Erde aus.
 - Verlust des gespeicherten Süßwassers, wenn es ins Meer fließt.
- Wenn das Eis in der Antarktis komplett schmilzt, dann steigt der Meeresspiegel um etwa 55 Meter.
 - Ganze Länder, wie die Niederlande, würden im Meer verschwinden.

Gletscherschwund

- Die Gletscher der Hochgebirge schmelzen zunehmend.
 - verstärkte Hochwassergefahr.
 - ausgetrocknete Flüsse im Sommer.

Bedeutung der Eisflächen

- Wenn die Eisflächen kleiner werden, gibt es auf der Erde weniger weiße Flächen, die das Sonnenlicht reflektieren.
 - Die Erderwärmung wird beschleunigt.

INFO

Eis-Albedo-Rückkopplung

Darunter versteht man die besonders große Wirkung der Eisflächen auf das Weltklima: Eisflächen reflektieren (= zurückwerfen) einen Großteil der Sonnenstrahlung. Dieses Zurückwerfen der Sonnenstrahlen wird als Albedo bezeichnet. Dunkle Flächen dagegen nehmen Sonnenstrahlung auf und erwärmen sich stärker. Mit dem Abschmelzen der Eismassen wird die Erwärmung der Erdatmosphäre beschleunigt.

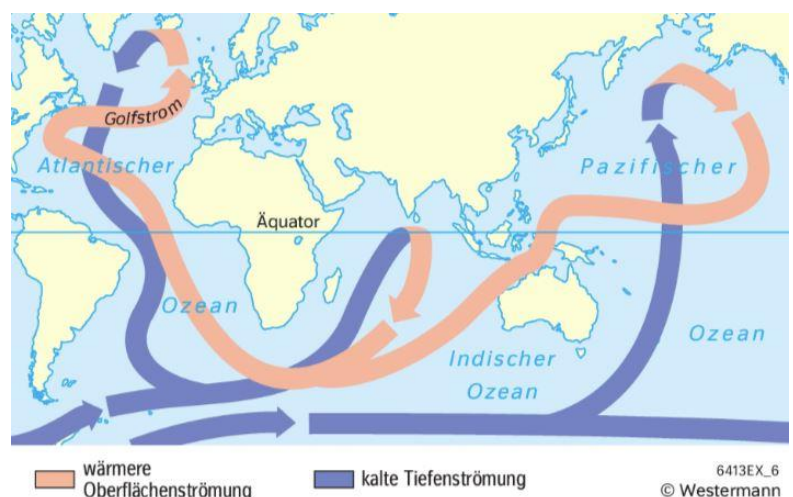


3. Folgen des Klimawandels: Erwärmung der Antarktis und Grönlands

- Die Eisflächen der Antarktis und Grönlands nehmen durch den Klimawandel stark ab.
- Die Eis-Albedo-Rückkopplung beschleunigt das Schmelzen der Landeisfläche.
- Durch das kalte Schmelzwasser kühlt der Golfstrom ab. Außerdem wird er durch das Süßwasser aus dem Eis verlangsamt.
- Die Verlangsamung des Golfstroms sorgt für eine Vermehrung der Wetterextreme in Europa und anderen Teilen der Welt.

Fachbegriff: Kipp-Punkt

Klimaforscher*innen befürchten, dass Ereignisse eintreten, die den Klimawandel beschleunigen bzw. verstärken könnten. Solche Ereignisse werden als Kipp-Punkte bezeichnet. (z.B. Erwärmung der Antarktis, Wirkungsverlust des Golfstroms, Abholzung Regenwald)



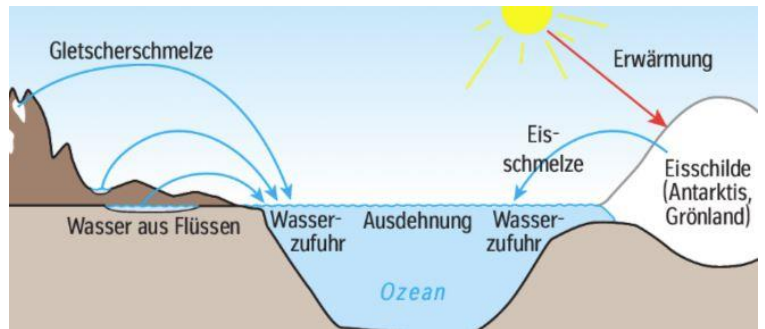
4. Folgen des Klimawandels: Erwärmung der Weltmeere

Probleme durch die Erwärmung der Meere:

- Der Meeresspiegel steigt, weil sich das Wasser durch die Erwärmung ausdehnt.
- Wasserlebewesen sind bedroht, weil warmes Wasser weniger Sauerstoff aufnehmen kann.
- Korallenriffe können in warmen Wassern nicht entstehen.
→ Artenvielfalt geht verloren

Gründe für den Meeresspiegelanstieg:

- Ausdehnung des Wassers
- Gletscherschmelze
- Schmelzen des Landeismassen (Antarktis und Grönland)



5. Auswirkungen des Klimawandels in Deutschland

Klima

- Abnahme der Niederschläge
- Zunahme der jährlichen Durchschnittstemperaturen
- Zunahme von Extremwetterereignissen wie Sturm, Starkregen und Hagel, aber auch Dürreperioden

Vegetation

- Verschiebung der Jahreszeiten und der Vegetationsperiode
- Ausbreitung neuer Pflanzen, Zurückdrängen der ursprünglichen Vegetation
- Verbreitung von Schädlingen, z.B. des Borkenkäfers als Waldschädling
- Zunahme der Waldbrandgefahr

Gewässer

- Versiegen von Flussquellen
- sinkende Grundwasserspiegel sowie Fluss- und Seepegel
- Erwärmung von Flüssen und Seen
- Anstieg des Meeresspiegels an Ost- und Nordsee
- Zunahme von Sturmfluten an der Nordseeküste

Tierwelt

- Fischsterben aufgrund des geringeren Sauerstoffgehalts im warmen Wasser
- Ausbreitung von teilweise neuen Tierarten, die wärmere Temperaturen lieben
- Einwanderung von Insekten aus den Tropen, die neue Krankheiten übertragen

Weiter Auswirkungen

- Klimaflüchtlinge
- Steigende Preise für Lebensmittel und Wasser



Deutschland im Sommer 2020: Abweichung von der Sommer-Durchschnittstemperatur (1961 – 1990)

D. Die Europäische Union

1. Die Organe der Europäischen Union

Die Europäische Kommission (Exekutive)

- Besteht aus 27 Politiker*innen (je eins pro Mitgliedsland)
- Kann als einziges Organ neue Gesetzesvorschläge einbringen
- Verwaltet den Haushalt der EU und kontrolliert die Einhaltung europäischer Verträge.
- An der Spitze steht die/ der Kommissionspräsident*in (momentan: Ursula von der Leyen)

Das Europäische Parlament (Legislative)

- Vertritt alle Menschen in der EU
- Mitglieder*innen werden alle fünf Jahre von den Bürger*innen der 27 Mitgliedsstaaten gewählt
- Das einzige direkt gewählte Organ der EU
- Wirkt mit dem Ministerrat an der Gesetzgebung mit
- Beteiligung an der Aufstellung des Haushaltes

Der Europäische Rat

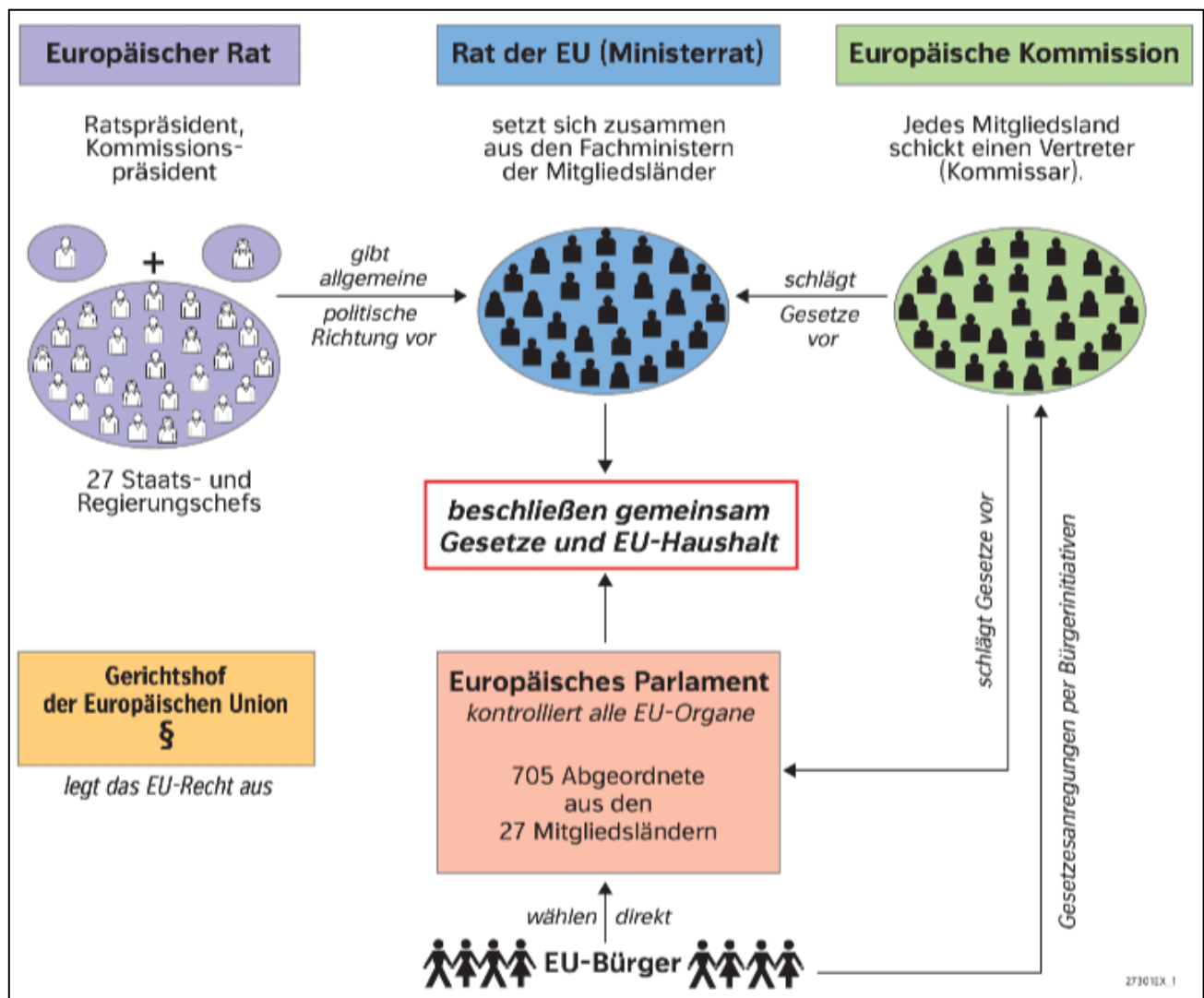
- Legt allgemeine politische Zielvorstellungen der EU fest
- Besteht aus den 27 Staats- und Regierungschef*innen der EU-Staaten
- Obliegt die politische Führung
- Entscheidung über gemeinsame Projekte der EU

Der Ministerrat (Rat der Europäischen Union) (Legislative)

- Sprachrohr der EU-Länder und das wichtigste gesetzgebende Organ der EU
- Minister*innen der Mitgliedsstaaten treffen sich regelmäßig
- Minister*innen handeln im Rat verbindlich für ihre Regierung

Der Gerichtshof (Judikative)

- Sichert die Wahrung des europäischen Gemeinschaftsrechts
- Gewährleistet, dass EU-Recht in allen Mitgliedsstaaten auf die gleiche Weise angewendet wird.
- Überprüft, ob Gesetze die Rede- oder die Pressefreiheit oder andere Grundrechte verletzt werden.



Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft eines Landes in der EU:

- Stabile demokratische und rechtstaatliche Ordnung
- Wahrung der Menschenrechte und Minderheitenschutz
- Funktionierende und wettbewerbsfähige Marktwirtschaft
- Übernahme des gesamten EU-Rechts

2. Vorteile der EU für Bürger*innen, Unternehmen und Mitgliedsländer



Stärkung des Wirtschaftsraumes

Beim Handel zwischen den Ländern innerhalb der EU werden keine Zölle mehr erhoben. So gewinnt der europäische Wirtschaftsraum an Macht und kann als eine Einheit gegenüber den anderen starken Wirtschaftsmächten, wie z.B. China oder den USA, besser seine Interessen durchsetzen.



Verzicht auf Binnengrenzen

Zwischen den einzelnen Ländern gibt es keine Grenzen mehr. Es entfallen die langen Wartezeiten im Personen- und Warenverkehr bei der Einreise in ein anderes Land. Dazu haben sich die Länder auf die Überwachung gemeinsamer Außengrenzen geeinigt. Nur hier wird die Ein- und Ausreise kontrolliert.

Schutz der Verbraucher*innen

Für Lebensmittel wurden einheitliche Sicherheitsstandards festgelegt. So wird z.B. die gesamte Nahrungsmittelkette durch strenge Kontrollen und klare Kennzeichnung der Inhaltsstoffe gesichert. Verbraucher*innen können sich auch bei Waren aus dem Ausland sicher sein, dass diese entsprechend überprüft sind.



Gemeinsame Umweltstandards

Europa soll umweltfreundlicher und nachhaltiger gestaltet werden. Dazu hat sich die EU Umweltstandards gesetzt, um z.B. den Gebrauch von Einwegplastik einzuschränken oder gar zu verbieten. Auch der Ausstoß von CO₂ und von Schadstoffen kennt keine Grenzen und kann nur europaweit eingeschränkt werden.



Vorteile der EU



Sicherung des Friedens

Alle Mitgliedsstaaten haben sich verpflichtet, die demokratische Grundordnung und ein friedvolles Miteinander zu erhalten. So haben Mittel- und Westeuropa nach den verheerenden Weltkriegen noch nie so einen langen Zeitraum ohne Krieg erlebt. Dazu dient auch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

Stärkung der inneren Sicherheit

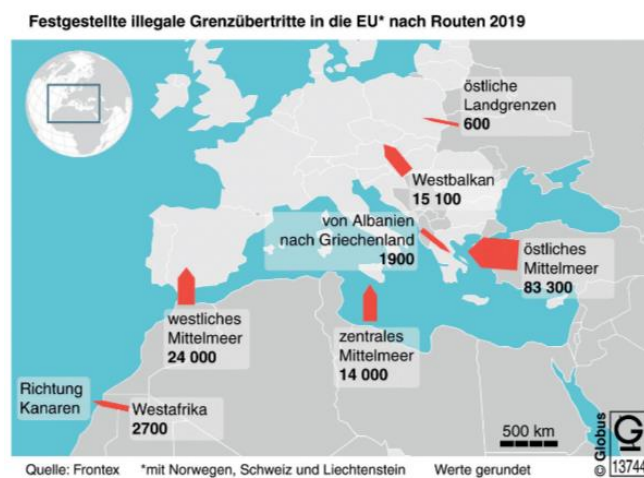
Kriminelle Straftaten werden zunehmend in grenzüberschreitender Vernetzung begangen. Das betrifft insbesondere Vergehen zum Kindesmissbrauch, den Drogenhandel, Menschenhandel oder die Cyberkriminalität. Zu einer erfolgreichen Kriminalitätsbekämpfung haben sich die Polizeibehörden in dem europäischen Polizeiamt „Europol“ vernetzt.



3. Umgang mit Geflüchteten – Eine Herausforderung in der EU

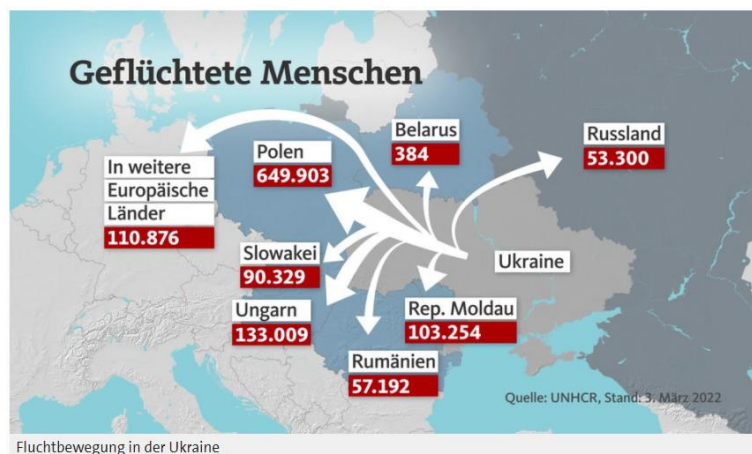
Flüchtlingskrise 2014 (Hauptursache: Bürgerkrieg Syrien)

- Der Großteil kam in den südeuropäischen Ländern an die EU-Grenzen
- Unterbringung zunächst in überfüllten Flüchtlingslagern.
→ Leben dort unter unwürdigsten Bedingungen.
- Nach den Richtlinien der EU ist jedes EU-Land verpflichtet, Bewohner*innen dieser Lager aufzunehmen.
- Viele Staaten weigerten sich jedoch Menschen aufzunehmen.
→ Menschen leben seit Jahren in Flüchtlingslagern.
- Große Probleme bei der Verteilung der Geflüchteten.
→ Bis heute keine einheitliche Lösung.



Flüchtlingskrise 2022 (Ursache: russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine)

- Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine sind bereits über vier Millionen Menschen über die Grenze geflüchtet (Stand: März 2022).
- Zehn Millionen könnten es noch werden, schätzen Migrationsforscher*innen.
- Flucht vor Krieg und Zerstörung → immer mehr zivile Ziele und Wohnhäuser werden angegriffen.



E. Migration

1. Was heißt Migration?

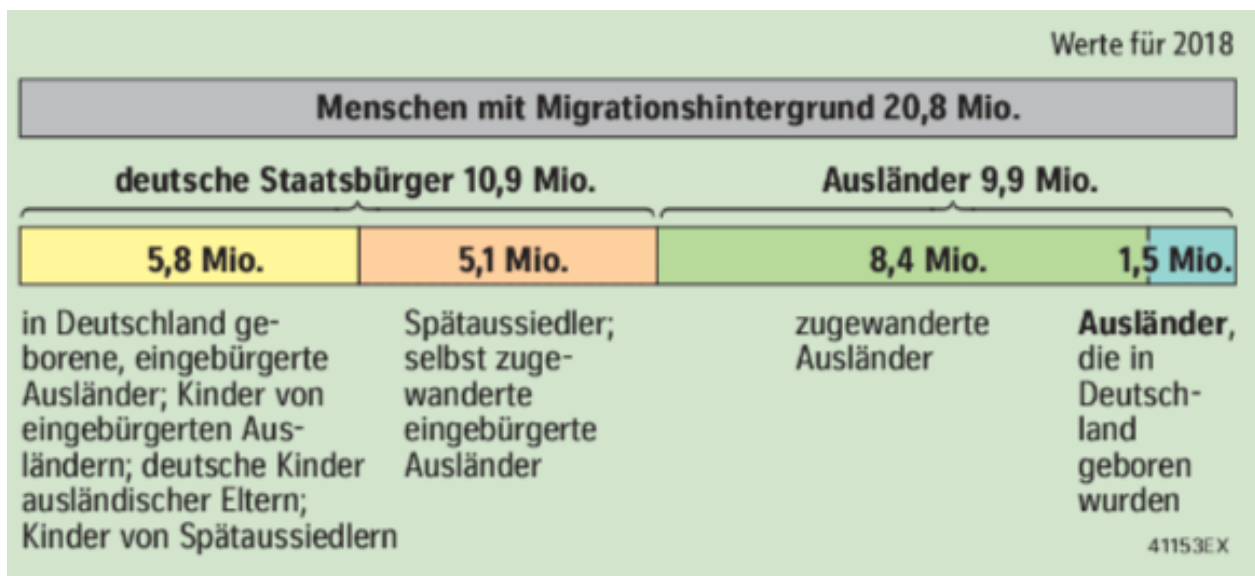
Das Wort „Migration“ bedeutet „Wanderung und Umzug“.

Heute bezeichnet man mit dem Begriff „Migration“ eine längerfristige Verlegung seines Wohnsitzes:

- für mehr als drei Monate (Kurzzeitmigration) oder mehr als einem Jahr (Langzeitmigration)
- innerhalb von Landesgrenzen (Binnenmigration)
- über eine Staatsgrenze hinweg (internationale Migration)

Migrationshintergrund

- Jeder vierte Mensch in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Das bedeutet, dass er oder seine Vorfahren aus einem anderen Land kommen.
- Auch Kinder und Enkel von Zuwander*innen zählt man zu den Menschen mit Migrationshintergrund.
- Rund die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund hat die deutsche Staatsbürgerschaft.



2. Push- und Pull-Faktoren

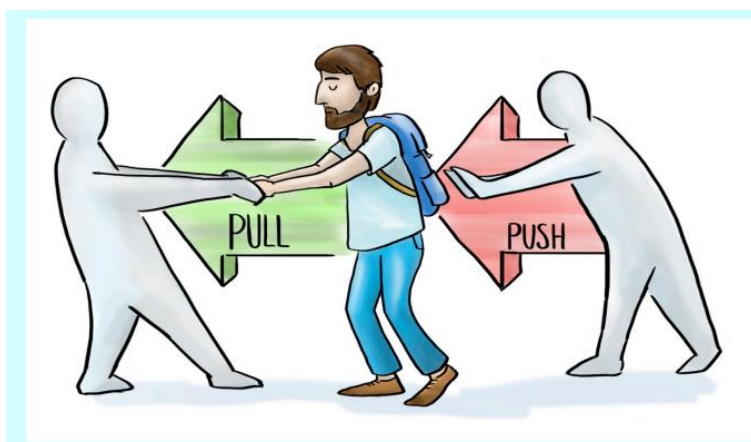
Pull-Faktoren:

Gründe, die für ein bestimmtes Zielland sprechen. Das englische Wort „pull“ (ziehen) erklärt, dass es sich um Faktoren handelt, die einen Menschen in dieses Land „ziehen“.

Push-Faktoren:

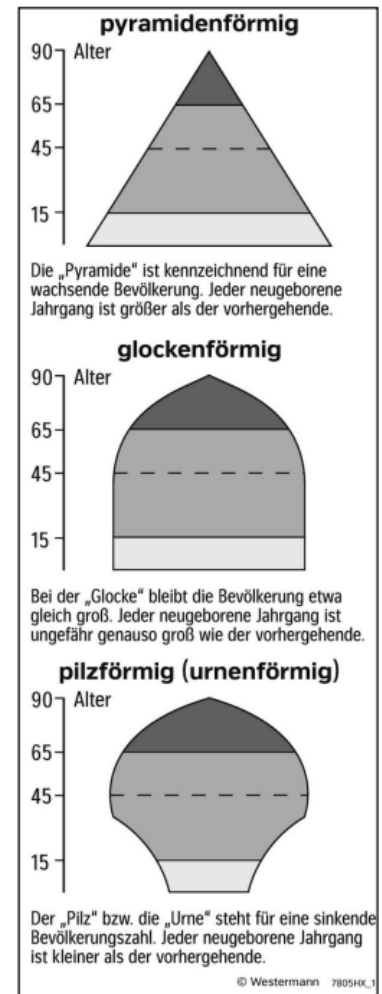
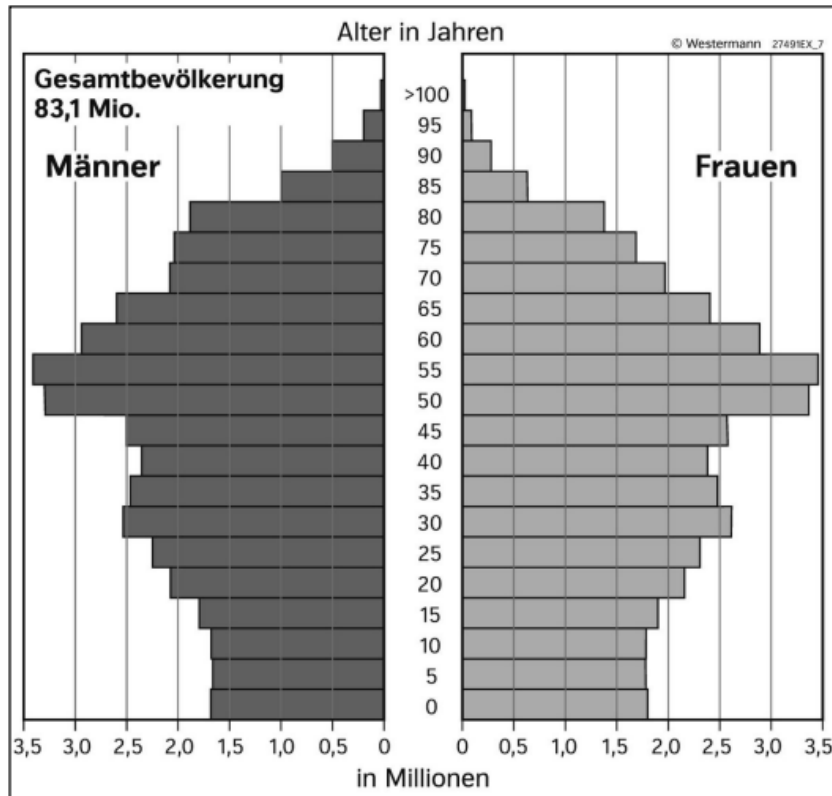
Gründe, die ihren Ursprung im Herkunftsland haben. Die Lebensbedingungen im Herkunftsland sind so ungünstig, dass sich ein Mensch entscheidet, von dort auszuwandern. Das Wort „push“ (drücken) verdeutlicht das.

| Pull-Faktoren | Push-Faktoren |
|--|--------------------------------------|
| Arbeit, besserer Verdienst und sozialer Aufstieg | Geringe Bildungschancen |
| Schulbildung, Berufsausbildung, Studium | Krieg, Verfolgung und Unfreiheit |
| Ausreichende Nahrungsmittel | Hohe Steuerabgaben |
| Zugang zu Ärzten | Hunger |
| Günstige Einwanderungsgesetze | Arbeitslosigkeit |
| Religionsfreiheit | Schlechte Medizinische Versorgung |
| Familienzusammenführung | Umweltprobleme und Naturkatastrophen |
| Gesundheitssystem | Überbevölkerung |
| Sicherheit und Frieden | Gewalt |
| | Enteignung |



3. Die Bevölkerungspyramide

Die Grundform der Bevölkerungspyramide von Deutschland ist pilzförmig (urnenförmig).



- Die Bevölkerungspyramide hat eine schmale Basis (Personen unter 15 Jahren).
- Sie wird breiter bis zu den 60-Jährigen, allerdings mit einem Einschnitt bei den 35- bis 50-Jährigen.
- Dann wird die Bevölkerungspyramide schmäler und läuft nach oben hin aus.
- Bei den meisten Jahrgängen gibt es einen Überschuss bei den Frauen.
- Der Anteil der bis 15-Jährigen ist kleiner als der Anteil der über 65-Jährigen.

Einfluss der Migration auf die Bevölkerungspyramide

- Deutschland hat ein Geburtendefizit (es sterben jedes Jahr mehr Leute, als Babys geboren werden).
- Hauptursache für den Zuwachs der Bevölkerungszahl in Deutschland ist die Zuwanderung.
- 2015 gab es aufgrund der gestiegenen Migration den höchsten Bevölkerungszuwachs seit 1992 (knapp 1 Millionen).

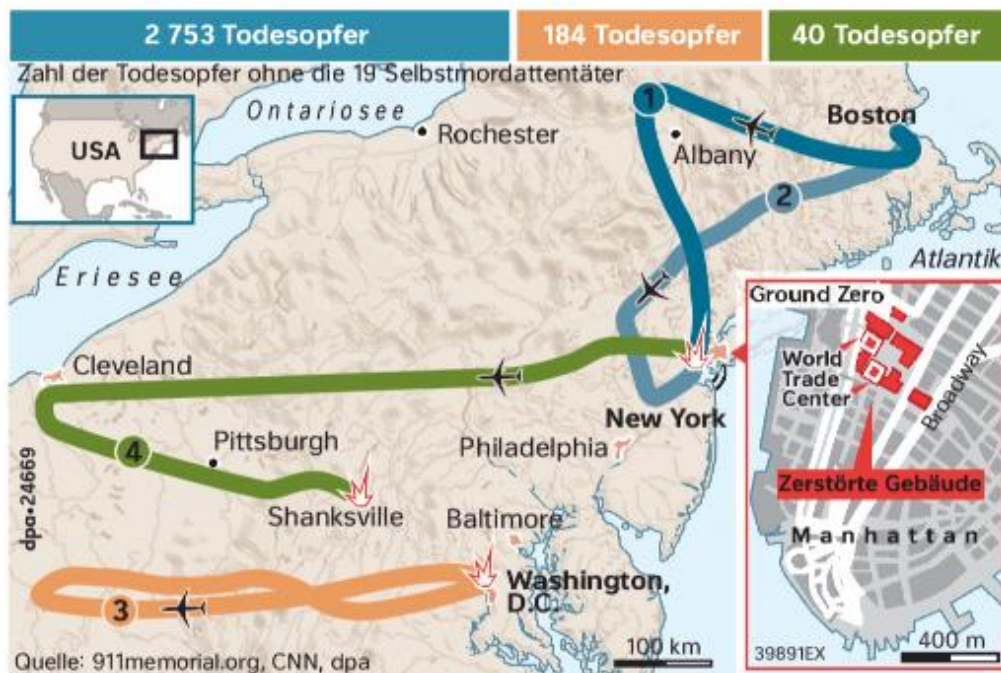
F. Terrorismus

1. Was ist Terrorismus?

- Das Wort „Terror“ bedeutet „Schrecken“.
- Terroristen: Menschen, die Schrecken verbreiten, durch Anschläge und Entführungen, bei denen einzelne, oft aber auch sehr viele Menschen ums Leben kommen.
- Meistens politische oder religiöse Gründe
- Mit Anschlägen auf Zivilist*innen verbreiten sie Unsicherheit, Angst sowie Schrecken und erlangen größtmögliche Aufmerksamkeit in den Medien.

Der Terroranschlag vom 11. September 2001 – ein Anschlag der die Welt veränderte

- Terroristen entführten am Morgen des 11. September vier Passagierflugzeuge in den USA.
- Ihr Ziel: Mit den Maschinen in weltweit bekannte Gebäude zu fliegen, u.a. die Zwillingstürme des World Trade Centers in New York City
- Bei diesen Terroranschlägen kamen mehr als 3000 Menschen ums Leben. Mehr als 6000 Menschen wurden verletzt.
- Osama bin Laden aus Saudi-Arabien wurde als Hauptverantwortlicher der Anschläge ausgemacht.
- Er rechtfertigte diese Form von Gewalt damit, dass die USA Feinde des Islams seien. Für ihn und seine Anhänger war das ein Grund, Tausende unschuldige Zivilisten in den USA zu töten.



2. Deutschlands Reaktion auf den 11. September

- ➔ Nach den Anschlägen vom 11. September standen Deutschland und viele andere Länder an der Seite der USA und sicherten ihre Unterstützung zu.
- ➔ Neben der Entsendung von Soldaten und Polizisten nach Afghanistan wurden auch Maßnahmen in Deutschland beschlossen, die vor Terroranschlägen schützen sollten.

Deutsche Sicherheitskräfte in Afghanistan

- NATO legte fest, dass durch die Terroranschläge ein NATO-Bündnisfall eingetreten war.
- Deutscher Bundestag stimmte für einen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.
- 20 Jahre waren deutsche Soldat*innen in Afghanistan stationiert.
- Auch die Bundespolizei war in Afghanistan aktiv. Sie unterstützten die afghanische Polizei bei der Ausbildung neuer Polizist*innen.

Verstärkte Sicherheitsmaßnahmen im Inneren

- Stärkere Überwachung des öffentlichen Raumes durch Kameras
- Speicherung von Kommunikationsdaten (besonders strittig!)
- Verstärkte Kontrollen bei Veranstaltungen
- Einführung von Pässen mit biometrischen Merkmalen (Technik, um körperliche Merkmale von Menschen genau messen zu können).

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im Jahr 2021 eine zeitlich unbegrenzte und unbegründete Vorratsdatenspeicherung in der EU für unzulässig erklärt.

| Region seit | Mission*/ Einsatz von: | Anzahl der Einsatzkräfte Mandats- obergrenze | Auftrag u. a.: |
|-------------------------------|------------------------------|---|---|
| 1 Afghanistan 2015 | RS NATO | 1266 1300 | Ausbildung, Beratung, Lufttransporte |
| 2 Mali 2013 | MINUSMA UN | 910 1100 | Aufklärung, Beratung, Lufttransporte |
| 3 Syrien, Irak, Jord. 2015 | CD/CB-1 Anti-IS-Koalition | 459 700 | Aufklärung, Ausbildung, Überwachung |
| 4 Mittelmeer 2016 | SEA GUARDIAN NATO | 198 650 | Seeraumüberwachung, Terrorismusbekämpfung |
| 5 Libanon 2006 | UNIFIL UN | 136 300 | Ausbildung, Seeraumüberwachung Sicherung der Seewege |
| 6 Mali 2013 | EUTM EU | 157 350 | Ausbildung, Beratung, Planung Sanitätsdienst |
| 7 Horn v. Afrika 2008 | ATALANTA EU | 70 400 | Schutz vor Piraterie, Überwachung |
| 8 Kosovo 1999 | KAFOR NATO | 63 400 | Aufklärung, Beratung |
| 9 Südsudan 2011 | UNMISS UN | 12 50 | Beobachtung, Schutz der Bevölkerung |
| 10 Sudan/Darfur 2007 | UNAMID UN/AU | 3 50 | Friedensverhandlungen, Schutz der Bevölkerung |
| 11 Westsahara 2013 | MINURSO UN | 3 4 | Überwachung des Waffenstillstands |
| 12 Jemen 2019 | UNMHA UN | 1 5 | Auswertung der Beobachtermision |

Quelle: Bundeswehr
* ausschließlich klassische
Auslandseinsätze
Stand 2020

41188EX

158.3 Internationale Einsätze der Bundeswehr (03/2020)

3. Terrorismus in Deutschland

Linksextremer Terror:

- In den 1960er-Jahren beschloss ein sehr kleiner Teil der Oppositionsbewegung Forderungen nach einer Änderung der Verhältnisse mit Gewalt umzusetzen.
- 1971 gab sich die Gruppe um Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof den Namen „Rote-Armee-Fraktion“ (RAF).
- Die RAF sah sich selbst als linke, revolutionäre Protestbewegung, die gegen ihrer Ansicht nach gegen ungerechte politische und wirtschaftliche Strukturen vorging.
- Ihre Mitglieder zündeten Kaufhäuser an, überfielen Banken, verübten Bombenanschläge, nahmen Geiseln und erschossen Menschen.
- Sie waren verantwortlich für über 30 Tote
- Nach dem Selbstmord ihrer Anführer*innen erklärte die RAF ihre Selbstauflösung.



Rechtsextremer Terror:

- Zwischen 2000 und 2007 verübte der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) neun Morde an Menschen mit Migrationshintergrund und an einer Polizistin.
- Am 1.6.2019 wurde der Kasseler Politiker Walter Lübcke erschossen, der sich für Geflüchtete einsetzte.
- In Halle versuchte am 9.10.2019 ein Rechtsextremist vergeblich, in die Synagoge einzudringen, um dort möglichst viele Jüdinnen und Juden zu töten. Anschließend tötete er eine Passantin und den Besucher eines Döner-Imbisses. Der Täter erklärte sich zum „Rassenkämpfer“, der sich gegen „Anti-Weiße“ richte.
- In Hanau tötete am 19.2.2020 ein Rechtsextremist zehn Menschen mit Migrationshintergrund, seine Mutter und sich selbst.



Islamistischer Terror:

- 2016 raste der Islamist Anis Amri mit einem Lastwagen in einen Berliner Weihnachtsmarkt und tötete zwölf Menschen
- In Ansbach sprengte sich 2016 ein syrischer IS-Anhänger in die Luft
- In Hamburg verwundete 2017 ein Islamist in einem Supermarkt mehrere Menschen mit Messerstichen und immer wieder gibt es Festnahmen, weil Anschläge geplant worden sein sollen.

Fachbegriff: Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz ist ein Inlandsgeheimdienst. Er soll die Grundregeln unserer Demokratie schützen. Dazu sammelt er Informationen über Menschen und Gruppen, von denen er befürchtet, dass sie eine Bedrohung sein könnten. Dazu zählen beispielsweise Extremisten und Terroristen. Der Verfassungsschutz arbeitet mit der Bundespolizei zusammen.